

# Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

## 17. Wahlperiode

**Abgeordneten-Büro Berlin:**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

**Abgeordneten-Büro Heilbronn:**

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

## Das aktuelle Interview mit Thomas Strobl: Haushaltskonsolidierung, Euro-Krise, Vermittlungsausschuss, und Stuttgart 21

### Haushaltskonsolidierung:

**Frage:** Herr Strobl, diese Woche wurden im Deutschen Bundestag die Haushaltsberatungen für 2012 abgeschlossen. Was können Sie uns dazu sagen?

**T.S.:** Trotz europäischer Schuldenkrise, die uns alle beschäftigt und noch weiter beschäftigen wird, gibt es erfreulicherweise auch gute Nachrichten, was unseren nationalen Haushalt angeht.

**Frage:** Können Sie das anhand von Zahlen konkretisieren?

**T.S.:** Gerne. Unsere Netto-Kreditaufnahme 2012 wurde im Haushaltsplan auf 26,1 Milliarden Euro taxiert. Sie liegt damit gegenüber dem Regierungsentwurf um 1,1 Milliarden Euro niedriger. Dies bezeugt ebenso unseren Sparwillen wie die Tatsache, dass die Neuverschuldung sogar um 22,3 Milliarden Euro geringer ausfällt, als für 2011 geplant waren.

**Frage:** Bedeutet das nicht auch, dass die zulässige Grenze der Schuldenbremse um mehr als 14 Milliarden Euro unterschritten wird?

**T.S.:** Doch, und hieran sieht man, glaube ich, am besten, wie seriös die Konsolidierungspolitik ist. Wir handeln nach dem Grundsatz „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“. Deswegen treten wir kräftiger auf die Schuldenbremse, als vorgeschrieben wäre, um uns ein Polster anzulegen für schlechtere

Zeiten, die im Zuge der europäischen Schuldenkrise vielleicht noch kommen werden.



(Foto: Laurence Chapéron)

**Frage:** Haben Sie das auch 2011 schon so gehandhabt?

**T.S.:** Auf jeden Fall! Dies sieht man daran, dass statt der ursprünglich für das laufende Haushaltsjahr eingeplanten 48,4 Milliarden Euro Neuverschuldung nur 25 Milliarden Euro, also praktisch nur die Hälfte, realisiert werden mussten.

## Euro-Krise:

**Frage:** Was bedeutet das für Deutschlands Rolle in Europa bei den Verhandlungen zur Behebung der Schuldenkrise?

**T.S.:** Nun, unsere Verhandlungsposition wurde eindeutig gestärkt. Wenn wir mit derart gutem Beispiel vorangehen und in vorbildhafter Weise Stabilitätspolitik treiben, können wir glaubwürdig das Gleiche von unseren Partnerländern fordern. Und das müssen wir, wenn die Euro-Krise dauerhaft eingedämmt werden soll.



**Frage:** Hatte Deutschland nicht schon immer diese Vorbildfunktion?

**T.S.:** Durchaus nicht. Unter Gerhard Schröder verstieß Deutschland wiederholt gegen die Defizit-Kriterien des Euro-Vertrages und dachte nicht im Entferntesten an die Einführung einer Schuldenbremse. An diese finanzpolitischen Sünden der Vergangenheit werden wir im Ausland heute noch ständig erinnert und müssen gegen das Vorurteil kämpfen, wir würden Wasser predigen und selbst Wein trinken. Doch das galt eben für Herrn Schröder, nicht für die Regierung Angela Merkels.

**Frage:** Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass die europäische Schuldenkrise gelöst werden kann?

**T.S.:** Die Kanzlerin sagte am Mittwoch im Bundestag, dass es keinen goldenen Weg ohne Risiken zur Euro-Rettung gibt. Und damit hat sie recht. Freilich steigen die Erfolgsaussichten in dem Ausmaß, wie sich unsere Stabilitätsphilosophie bei unseren Freunden in Europa durchsetzt. Und genau deshalb sind die Erfolge der Bundesregierung bei der Haushaltskonsolidierung so wertvoll. Denn, wie ich oben schon sagte: Wenn wir mit gutem Beispiel vorangehen und solide Haushalte, spornt das unsere Partnerländer mehr an, mit uns gleichzuziehen, als theoretische Vorgaben oder moralische Appelle. Und ein solcher praktischer Ansporn ist gut für Europa.

## Vermittlungsausschuss:

**Frage:** Kommen wir zu einem anderen Thema. Diese Woche tagte auch der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat. Sie sind ja im Wechsel mit dem Bremer Bürgermeister Böhrnsen VA-Vorsitzender und haben derzeit tur-

nusmäßig die Sitzungsleitung inne. Worum ging es bei den Verhandlungen am Dienstag?



**T.S.:** Es standen drei Gesetze zur Erörterung, die sich mit der Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, der steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden und mit der Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (CCS) befassen.

**Frage:** Können Sie uns etwas zu den Ergebnissen sagen?

**T.S.:** Beim Arbeitsmarktgesetz ist es uns gelungen, einen Kompromiss zu finden, der ein Scheitern dieser wichtigen Gesetzesmaßnahme verhindert, gegen die es Detail-Einwendungen von Länderseite gab. So haben wir etwa im Bereich Gründerzuschuss eine Präzisierung der Gewährsvorschriften vorgenommen, die zwar auf den ersten Blick rigider als in der Ursprungsfassung wirkt, aber im Gesamtzusammenhang eine Verbesserung bedeutet. Jedenfalls hat dies gestern die DIHK so kommentiert und in einer Pressemitteilung den Kompromiss mit den Worten „Neue Regeln gut für das Gründerklima“ gelobt. So gesehen, kann sich unser Verhandlungsergebnis, denke ich, sehen lassen.

**Frage:** Und was ist mit den anderen beiden Gesetzen?

**T.S.:** Hier müssen wir leider noch weiterverhandeln, da ein Ergebnis nicht erzielt werden konnte. Insbesondere im Bereich der energetischen Gebäudesanierung ist dies bedauerlich, da die für Investitionen auf diesem Sektor erforderliche Regelungsklarheit nicht besteht, solange das Gesetz noch in der Schwebe gehalten wird.

**Frage:** An wem liegt das?

**T.S.:** Es sind einige Länder, die blockieren. Sie betrachten das von Bundeseite bereits gezeigte Entgegenkommen als unzureichend und verweigern sich bisher einem Kompromiss. Hier appelliere ich dringend an die Vernunft der Ländervertreter, deren eigener Wirtschaft es schaden würde, falls in dieser wichtigen Frage keine Einigung erzielt werden

könnte. Ich bin aber zuversichtlich, dass dies die Länder auch einsehen und wir daher schon auf unserer nächsten Sitzung – voraussichtlich am 13. Dezember - einen großen Schritt weiterkommen werden.

### Stuttgart 21:

**Frage:** Lassen Sie uns abschließend noch auf Stuttgart 21 kommen. Am Sonntag ist die Volksabstimmung, sie steht also unmittelbar bevor. Mit welchem Ausgang rechnen Sie?

**T.S.:** Umfragen prophezeien eine Mehrheit für ein „Nein“ zum Ausstieg, was mich sehr freut, aber nichts daran ändert, dass ich bis zum Schluss dafür werbe, auch tatsächlich zur Abstimmung zu gehen. Wir wiegen uns nicht in unheilvoller Sicherheit! Wir wollen die Abstimmung gewinnen, nicht nur die Umfragen.

**Frage:** Sehen Sie ernstlich die Gefahr, dass Letzteres passieren könnte?

**T.S.:** Nun, zumindest haben die Bahnhofsgegner – vor allem in der Landesregierung – nichts unversucht gelassen, die S21-Befürworter von der Volksabstimmung abzuhalten.

**Frage.:** Wie meinen Sie das?

**T.S.:** Denken Sie doch nur an die schwer verständliche Frage bei der Volksabstimmung oder an die Abstimmungsbenachrichtigung, die als schwieriger, verwirrender Brief gestaltet ist und nicht, wie von Wahlen gewohnt, als handliche Postkarte verschickt wurde. Damit versuchten die Bahnhofsgegner in der Landesregierung offenbar, die Menschen zu verwirren und von der Abstimmung abzuhalten.

**Frage:** Glauben Sie, das gelingt?

**T.S.:** Nicht, wenn unsere Aufklärung Erfolg hat und die Menschen in Baden-Württemberg auf den Rat ihres gesunden Menschenverstands hören, der klar sagt: Auf Seiten der Gegner sind Rosstäuscher am Werk, die mit Tricks noch in letzter Minute verhindern wollen, was dem Willen der Mehrheit der Menschen entspricht und zum Nutzer aller ist. Die CDU Baden-Württemberg wird geschlossen kämpfen und bis zum Abstimmungstag unermüdlich alles tun, um diese wichtige Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit zu leisten.



### WEITERE THEMEN DER WOCHE:

- **Debatte zur Mordserie der Neonazi-Bande**
- **Verlängerung von Mandaten der Bundeswehr**

Nähere Informationen zu diesen Themen erhalten Sie auf Wunsch gerne zugesandt. Kontakt unter 030 / 227 72542.

### NEWS AUS DEM MITARBEITERTEAM:



Christine Steinbrenner, langjährige studentische Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro von Thomas Strobl, hat zu Beginn des Monats das Strobl-Team verlassen und eine Vollzeitstelle in Stuttgart bei der AOK angetreten. Sie schloss vor kurzer Zeit mit Erfolg ihr Jura-Studium ab und suchte deshalb eine neue berufliche Herausforderung. Dazu sagte Thomas Strobl: „Ich danke Frau Steinbrenner für die vielen Jahre, die sie mich unterstützt hat. Sie war überaus gewissenhaft und zuverlässig, und ich werde sie in bester Erinnerung behalten. Für ihre neue Tätigkeit wünsche ich ihr alles Gute. Ich bin sicher, dass sie dort ebenso hervorragende Arbeit leisten wird, wie sie das in meinem Team in vorbildlicher Weise stets getan hat.“

### PRESSEMITTEILUNGEN:



## CDU-Landesvorsitzender Thomas Strobl:

„Am Sonntag ein klares ‚Nein‘ zu den Hermann-Methoden“ (23.11.2011)



Zu der von Verkehrsminister Winfried Hermann erneut aufgestellten Forderung nach einem Stresstest für den Kopfbahnhof erklärt Thomas Strobl, Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg:

„Wie will Minister Hermann einen solchen Stresstest noch vor der Volksabstimmung machen, wenn er diese Idee jetzt aufwärmt? Nur vor der Volksabstimmung könnte ein solcher Stresstest doch überhaupt zur Information der Bürgerinnen und Bürger beitragen. Denn nach der Volksabstimmung, wenn die Entscheidung gefallen ist, wäre ein solcher Stresstest ja noch unsinniger als das, was Minister Hermann sonst sagt und vorschlägt – und das will etwas heißen!“

Ministerpräsident Kretschmann hat gestern klipp und klar gesagt: Das Volk hat am Sonntag das letzte Wort – wenn das Kündigungsgesetz nach den Vorgaben unserer Verfassung am Sonntag scheitert, ist es gescheitert. Punkt. Entweder Minister Hermann bereitet mit Aussagen wie denen zum Stresstest einen gezielten Wortbruch der Landesregierung vor oder er schert sich kein bisschen um das, was der Ministerpräsident sagt. Mit anderen Worten: Dieser Minister ist entweder eine Belastung für das Land oder für die Landesregierung.

Ihm geht es nicht um die Information der Menschen im Land vor der Volksabstimmung, das zeigt dieser Vorschlag ganz deutlich. Ihm geht es mit hinterlistigen Täuschungsmanövern nur darum, die Menschen zu verunsichern und zu verwirren. Solche Unverschämtheiten dürfen wir Minister Hermann nicht durchgehen lassen – und deshalb sagen wir am Sonntag ein klares ‚Nein‘ zum Kündigungsgesetz und zu den Hermann-Methoden.“

**Thomas Strobl MdB:**

## „Rastatter Tunnel soll nächstes Jahr angepackt werden“ (23.11.2011)

Mit Blick auf die Rheintalbahn hat der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag Thomas Strobl eine Zusage aus dem Bundesverkehrsministerium erhalten:

„Aus dem Bundesverkehrsministerium habe ich aktuell erfahren, dass geplant ist, den Rastatter Tunnel bereits im nächsten Jahr anzupacken. Das Baurecht liegt für das Projekt bereits vor und derzeit laufen noch Finanzierungsgespräche mit dem Bundesfinanzminister. Das Schauermärchen, dass S21 andere Bahninvestitionen verhindert, ist damit wohl endgültig widerlegt!“

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle  
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter  
Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

- Vorsitzender des Ersten Ausschusses
- Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
- Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
- Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227-72542  
Fax 030 / 227-70132